

Was Kinderschutz in der gegenwärtigen Krise bedeutet und braucht!

Ein Zwischenruf der Kinderschutz-Zentren

Die derzeitige Situation und die Folgen des Umgangs mit der Covid-19-Pandemie betreffen alle gesellschaftlichen Bereiche, vor allem aber auch das familiäre Zusammenleben. Familien müssen ihren Tagesablauf neu strukturieren und ihr Zusammenleben umgestalten. Sie müssen sich in dieser Zeit häuslicher Beschränkung neu erfinden und Rituale der Gemeinsamkeit entwickeln. Den meisten Familien gelingt das gut, aber die Verunsicherungen in der aktuellen Krise, die enge Familiensituation und existentielle Sorgen können auch zu Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen führen.

Dies betrifft insbesondere jene Familien, die auch schon vor der Krise psychosozial belastet waren, z.B. durch Arbeitslosigkeit, psychische Erkrankungen oder Paarkonflikte. Dazu kommt, dass Kinder und Jugendliche aufgrund der derzeitigen Kontakt- und Bewegungsbeschränkungen in ihrer Autonomie und ihrer Bewegungsfreude gehemmt sind und die Familien viel Zeit auf engem Raum miteinander verbringen müssen.

Die gegenwärtig sozial zugespitzte Situation verbunden mit einer Unsicherheit und teilweise Perspektivlosigkeit forcieren soziale Konflikte und innerfamiliäre Konfliktdynamiken. Es ist zu erwarten, dass daher auch gewalttätiges Handeln in Familien stärker werden wird. Die neue familiäre Nähe schafft somit auch ein Potential für sexuelle, körperliche und andere Formen der Gewalt innerhalb von Familien.

Aber es gibt auch Möglichkeiten in der Krise, damit umzugehen. Und hier setzen unsere Empfehlungen und Forderungen an Fachpraxis und Fachpolitik an:

(1) Netzwerke für Kinder aufrechterhalten und stärken!

Kinder und Jugendliche sind in besonderer Weise von der derzeitigen Situation betroffen. Ihnen kommen die alltagsstrukturierenden Angebote abhanden, gewohnte Ansprechpartner*innen sind nicht mehr verfügbar und sie können ihre Kontakte zu Peers nur über soziale Medien pflegen. Damit haben sie auch weniger Möglichkeiten, eigene Ängste und Sorgen zu thematisieren. Kinder und Jugendliche brauchen gerade in der gegenwärtigen Situation Ansprache, Halt und Zuversicht. Und dafür braucht es vertraute Bezugspersonen aus Kindertageseinrichtungen, aus Schule und aus Vereinen. Diese kennen die Kinder und Jugendlichen und ihre familiäre Situation und sollten proaktiv auf sie zugehen, wenn sie sich Sorgen um sie machen. Per Telefon, Social Media oder aber auch im persönlichen Gespräch (z.B. während eines Spaziergangs) können Kontakte hergestellt und wichtige Beziehungen erhalten werden. Und diese Signale sind es, die Kinder vor Gewalt sicherer machen können!

(2) Krisenkonzepte auf- und ausbauen!

Darüber hinaus braucht es eine krisen- und notfallorientierte Infrastruktur der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe. Ein abgestimmtes System zwischen niedrigen Hilfezugängen (über Telefone, Hotlines etc.), aus flexiblen Hilfemöglichkeiten und der dauerhaften Verfügbarkeit von Jugendämtern ist die Basis für gelingenden Kinderschutz (nicht nur) in der Krise. Darüber hinaus braucht es Betreuungskonzepte für Kinder aus Familien, die mit der Situation derzeit überfordert sind. Die Notbetreuung unter der Maßgabe des Kindeswohls muss daher in Kitas und Schulen möglich sein. Darüber hinaus müssen Krisenplätze auch unter den mitzudenkenden Schutzbedürfnissen der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen erreichbar und verfügbar sein. Beratungsstellen brauchen Ausnahmeregelungen, um Schutz und Kontakt in der Krise zu ermöglichen. Hierzu müssen die Mitarbeiter*innen aber optimal geschützt sein, sie brauchen Zugang zu Schutzkleidung, Schnelltests und Unterstützungsmaßnahmen. Auch das gehört zur infrastrukturellen Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen in der Krise!

(3) Das Kindeswohl zur Richtschnur künftiger politischer Entscheidungen machen!

Schließlich müssen Fragen des Kindeswohls viel stärker als bislang zur Richtschnur künftiger politischer Entscheidungen zum weiteren Umgang mit der Pandemie werden. Das System des Kindeschutzes und die unterschiedlichen Kinderschutzeinrichtungen gehören zur sogenannten „kritischen Infrastruktur“, weil sie elementare Versorgungsleistungen für Familien in Not und Konflikten bereitstellen. Jugendämter, soziale Dienste, Beratungs- und Fachberatungsstellen brauchen daher die entsprechenden Rahmenbedingungen, die notwendige Ausstattung und die politische Unterstützung. Insbesondere die Sicherung aller Leistungsbereiche von Beratungsstellen und Kinderschutz-Zentren, die weit mehr als Beratung und Hilfe im Einzelfall anbieten, muss sichergestellt werden. Somit müssen die Frühen Hilfen und die Arbeit der Familienhebammen, aber auch Angebote der Fachberatung, der Fort- und Weiterbildung, der öffentlichen Information und Sensibilisierung mit unter den so genannten „Schutzschirm“ gezogen werden. Hier muss Landes- und Kommunalpolitik unbedingt nachsteuern, um die Vielfalt, die Qualität und die grundlegende Struktur der Hilfelandschaft nicht zu gefährden!

Wir fordern alle verantwortlichen Akteurinnen und Akteure auf, besonnen und professionell künftige Entwicklungen und Aktivitäten abzuwägen und in Gang zu setzen. Kinderschutz ist nicht nur systemrelevant, sondern ohne Kinderschutz wankt das soziale Miteinander!

Köln, den 01. April 2020